

Stellungnahme zum HAUSHALT 2017

**Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Frau Ripka,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,**



auf das Zahlenwerk nochmals einzugehen, kann ich uns allen sicher ersparen. Allerdings müssen ein paar Anmerkungen zum Stellenplan gemacht werden. Uns fiel auf und wurde bei Nachfrage bestätigt, dass die weit überwiegende Mehrzahl der ausgeschriebenen Stellen befristet ist. Dies können wir nicht gutheißen. Muss der Landkreis als öffentlicher Arbeitgeber es denn wirklich der freien Wirtschaft gleichtun und junge Menschen, oft Berufsanfänger, von einer Befristung in die nächste schicken? Kein Wunder, dass so viele Junge nicht den Mut zur Elternschaft aufbringen, kein Wunder, dass wir mit solch unsicheren Arbeitsverhältnissen keinen Anreiz bieten, sich bei uns im Landkreis anzusiedeln.

Im Stellenplan vermissen wir immer noch eine Schuldnerberatung beim Landkreis, nachdem das Diakonische Werk offenbar nicht in der Lage ist, die vom heute tagenden Gremium längst bewilligten Stellen zu besetzen. Wartezeiten von acht Monaten und mehr auf einen Beratungstermin sind nicht nur für Schuldnerinnen und Schuldner völlig inakzeptabel, sie gefährden indirekt auch die Existenz mancher Betriebe und Einzelpersonen im Landkreis - wenn Menschen z.B. ihre Handwerkerrechnungen oder die Miete nicht mehr bezahlen können. Darauf habe ich bereits in meiner letztjährigen Rede hingewiesen!

Die Abteilung 7 dagegen ist stellenmäßig gut ausgestattet. Sie muss aber noch mehr Zählbares liefern, wozu wir in überschaubaren Abständen Bericht erstattet haben wollen.

Der bzw. die Behindertenbeauftragte muss dagegen bei uns ehrenamtlich tätig sein. Dies ist bei der Fülle der Aufgaben schlechterdings unmöglich. Nicht zuletzt deshalb gab es den Rücktritt in Uffenheim, und hier im Haus spielt dieser Aspekt womöglich auch eine Rolle. Die Behindertenbeauftragten sollen in erster Linie für die konkreten Anliegen der betroffenen Menschen da sein und nicht ungenügend ausgearbeitete Bauplanungen nach stundenlangem Aktenwälzen zu korrigieren versuchen. Und das als Laien und gegen eine nur geringe Aufwandsentschädigung!

Die anhaltend günstige Konjunktur und sehr niedrige Kreditzinsen lassen notwendige Investitionen derzeit auch weiterhin sinnvoll erscheinen. So begrüßen wir ausdrücklich die Bereitstellung der Mittel für die Modernisierung unserer ohnehin schon vorbildlichen EVA in Dettendorf. Nicht nur die Nutzerinnen und Nutzer (Stichwort: neuer Kleinanlieferungsbe- reich) werden davon profitieren, sondern auch unsere Umwelt: Noch mehr Wertstoffe werden vermutlich künftig angeliefert und danach recycelt und noch mehr Gärgase werden durch die erneuerte Anlage in elektrische und Wärmeenergie umgewandelt.

Der Ausbesserung des Belags von Kreisstraßen können wir nur dann guten Gewissens zustimmen, sofern diese nicht mit einer Verbreiterung der entsprechenden Straße einhergeht und außerdem das ‚Begleitgrün‘ geschont wird.

Die deutlich geringeren Investitionen im Schulbereich sind wohl nur eine vorübergehende Erscheinung. Dem Kultusministerium fallen bestimmt schon bald wieder neue ‚Reformen‘ ein, die in der Folge auch unsere Kosten erhöhen werden. Vielleicht sollte Herr Spänle da mal in Nürnberg bei seinem Kollegen vom Finanzministerium vorsprechen, um Ausgleichszahlungen an die Kommunen für seine nicht eben geradlinige Schulpolitik zu erwirken!

Das ‚Jugendübernachtungshaus Markt Bibart‘ muss unbedingt erhalten bleiben - als unschlagbar kostengünstiger und gut mit der Bahn zu erreichender Ort für Gruppen, sich zu treffen und selbst zu versorgen. Auch wenn sich die Vollversammlung des Kreisjugendrings für einen Neubau ausgesprochen hat, sollte diese Immobilie unserer Ansicht nach generalüberholt werden – einen Abriss und Neubau heißen wir nicht gut. Bei Bauvorhaben des Kreises haben wir nämlich eine Vorbildfunktion (der wir mit dem beschlossenen Neubau des Gymnasiums Scheinfeld leider nicht nachgekommen sind): Bei einer Abwägung Neubau oder Sanierung darf nicht vergessen werden, dass der anfallende Bauschutt auch Kosten verursacht und außerdem Deponien schneller befüllt werden. Die Diespecker und insbesondere die Dettendorfer Bürgerschaft möchte aus nachvollziehbaren Gründen das Deponiegelände nicht immer weiter wachsen sehen – aber kaum jemand hat bisher in diesem Zusammenhang von ‚Müll‘vermeidung gesprochen. Es ist leider nur von der Suche nach alternativen Standorten die Rede.

Es war uns wichtig, dass auch für das kommende Jahr ein größerer Betrag zur Deckung der Verbindlichkeiten der Kreiskliniken, zu deren Erhalt unter kommunaler Führung wir nach wie vor stehen, eingeplant blieb.

Für ein anderes Projekt hätten wir uns aber eine ähnlich hohe Summe an Investitionen gewünscht: Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) bedarf unbedingt einer weitergehenden Stützung auch durch den Landkreis. Im Dezember 2018 (!) können wir ja wenigstens mit mehr Bussen auf der Strecke Emskirchen-Herzogenaurach rechnen – aber wie soll, um ein konkretes Beispiel zu nennen, die junge Mutter ohne Auto von Auernhofen zu ihrem Arzt nach Gülchsheim gelangen, um dort ihr plötzlich erkranktes Kind behandeln zu lassen, und wie kommen v. a. ältere Menschen aus entlegenen und kleinen Orten (Dörfer unter 150 Einwohnern sind vom VGN übrigens ohnehin ‚abgeschrieben‘) in ihre nächsten Unter- und Mittelzentren, um ihren täglichen oder zumindest gelegentlichen Bedarf abzudecken und wie kann es uns gelingen, Kinder aus den Randgebieten unseres Landkreises nicht an weiterführende Schulen etwa in Höchststadt oder Langenzenn zu verlieren? Die momentan vermutlich einzige gang- bzw. fahrbare Lösung wäre wohl ein Rufbus, ähnlich dem inzwischen recht gut angenommenen AST in Neustadt und Umgebung. Solch ein System aber können die Gemeinden unmöglich alleine stemmen (Scheinfeld will jetzt zwar einen kommunalen Sozialbus für besondere Gelegenheiten finanzieren und auch Emskirchen hat schon Geld in die Hand genommen und setzt auf bürgerschaftliches Engagement). Unseres Erachtens bräuchten die

Kommunen jedoch auch die finanzielle und logistische Unterstützung des Landkreises - aber auch des Freistaats, wie Sie, Herr Landrat, und Ihre fränkischen Kollegen ja jüngst bei einem Treffen angemahnt haben. Ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr ist zwingend notwendige Daseinsfürsorge für die gesamte Bevölkerung - gerade im Hinblick auf die Entwicklung der Altersstruktur und die sich ändernden Lebensentwürfe der Menschen.

Zur Daseinsfürsorge gehören u. E. unbedingt auch Hallenbäder in den größeren Orten. Sollte sich der Kreis wie geplant und von uns befürwortet an den Kosten für die Sanierungen in SEF und UFF beteiligen, müssten wir aber auch bürgerfreundlichere Öffnungszeiten einfordern. Wenn wir nur auf die Ausgaben des Zweckverbands Kurzentrum Bad Windsheim ebenfalls Einfluss nehmen könnten! An den hohen Kosten der nochmaligen Erweiterung der Therme müssen wir uns wohl zähneknirschend beteiligen....

Wir wünschen uns, dass das eine oder andere Fahrzeug im Fuhrpark des Landkreises sukzessive gegen ein Elektrofahrzeug ausgetauscht wird. Herr Weiß, Sie könnten z.B. der vermutlich erste Landrat sein, der in einer Elektrolimousine chauffiert wird. Die zunächst höheren Kosten für die Anschaffung würden sich im Lauf der Zeit amortisieren, vor allem, wenn wir selbst erzeugten Strom verwenden. Auf den Dächern dieses Gebäudes wäre noch Platz für so manche Photovoltaikzelle! (Sollen wir nicht eine MEHRregion werden?) Ladestationen hier beim Landratsamt wurden uns ja bereits zugesagt. Aber auch dort, wo vom Kreis gerade Bau- oder Umbaumaßnahmen durchgeführt werden, sollten vorsorglich Ladesäulen installiert werden. Seien wir Vorreiter in Sachen Energiewende und nehmen wir uns ein Beispiel an viel kleineren Kommunen, wie etwa Münchsteinach, das bereits vier Ladepunkte vorweisen kann!

Und die Feuerwehren? Gibt es eigentlich für die in letzter Zeit fast hektisch neu angeschafften und vom Landkreis bezuschussten modernen Fahrzeuge auch zu jeder Zeit die dafür notwendige Besatzung? Wer die Berichterstattung in der Lokalpresse verfolgt, mag daran zweifeln. Wir werden sehen, welche Überraschungen da noch auf uns warten. Hohe Beträge sind ja bereits in diesem und in den Folgehaushalten eingestellt....

Richtiggehend spärlich nehmen sich dagegen wieder die Kulturausgaben aus. Immerhin erhält aber Markt Erlbach einen höheren Zuschuss als beantragt für die Umgestaltung seines Heimatmuseums. Wir Grünen hatten dabei übrigens nicht die Baukosten, sondern vielmehr die sehr überzeugende konzeptionelle Gestaltung des neuen Museums im Blick.

Uns bleibt, der Kämmerin für ihre hervorragende Arbeit, für ihr zuverlässiges Aufnehmen auch mündlicher Anregungen und ihr festes Auftreten (ich erinnere an die Diskussion um die geplante Kletterhalle auf dem kreiseigenen Schulgelände in Bad Windsheim) zu danken.

Frau Ripka, Herr Landrat, liebe KollegInnen: Die Grüne Fraktion kann dem Haushalt trotz mancher Kritikpunkte zustimmen.

24. 2. 2017

Barbara Schwörer-Willis, Fraktionssprecherin